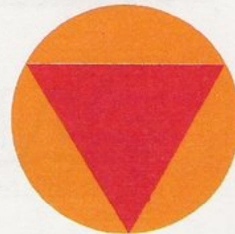
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 1/86

Zum Jahr des Friedens !

Wir grüßen das Jahr 1986! Dieses wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) zum Jahr des Friedens erklärt. Dieser Beschluß, gefaßt am 23.Oktober 1985, dem 4o.Jahrestag der UNO, entspricht der vorrangigen Aufgabe, der Erhaltung des Friedens. Der Aufruf, 1986 die Arbeit für den Frieden zu stärken,bestätigt aber auch die Grundtendenz unserer Zeit:
Die Völker wollen Frieden durch
- Verständigung,
- Vertrauensbildung und
- Zusammenarbeit.

Für diese Grundtendenz sind wir Antifaschisten gegen die Rechtsentwicklung und den Hitlerfaschismus in der Weimarer Republik eingetreten. Für diese Grundtendenz haben wir uns gegen Atomkrieg, gegen die Remilitarisierung und für eine breite Friedens bewegung eingesetzt.
Im Jahr des Friedens steht die Friedensbewegung vor der Aufgabe mit allen Kräften den Frieden sicherer zu machen. Sie ist heute breiter denn je. Wann gab es jemals soviel Wissenschaftler, Ärzte, Politiker, Kirchenvertreter, die sich gegen die Stationierung von Waffen im Weltall - also für den Frieden - einsetzten. Wann gab es jemals in der UNO-Vollversammlung eine so überwältigende Mehrheit gegen einen Kriegsplan. Nur die Vertreter der USA und Grenada (!!!) stimmten für SDI. Der Vertreter der BRD stimmte mit den 151 Gegnern eines Krieges der Sterne.
Hier sind wir mit der Friedensbewegung aufgerufen,wachsam zu sein. Denn der Beschluß der Bundesregierung vom 18.12.1985 lautet:
Wirtschaftsminister Bangemann soll bis Ostern 1986 in Verhandlungen mit der US-Administration prüfen, welche Bedingungen für die Teilnahme der bundesdeutschen Industrie am SDI-Projekt gestellt werden. Gleichzeitig wird erklärt, die Kohlregierung denke nicht an eine Teilnahme an der Aufrüstung im Weltall; die 'politische Unterstützung' wird aber dessenungeachtet bekräftigt. Und dann kommt ein alter Dreh neu aufgewärmt:
Die US-Administration soll zu Verhandlungen mit der 'UdSSR gedrängt werden. Na, da haben wir einen neuen 'Doppelbeschluß': kommen die Verhandlungen nicht zustande, dann gibt die Bundesregierung eben den Segen für die Beteiligung des Rüstungskapitales. Dann hat natürlich nicht die Bundesregierung gegen eine überwältigende ablehnende Mehrheit des SDI-Projektes gehandelt, sondern die Friedensbewegung hat versagt. So werden es dann zumindest die unverbesserlichen Militaristen und Revanchisten hinausposaunen.

Und noch einen Beschluß hat die Bundesregierung am 18.12.1985 gefaßt. Entgegen der Forderung der Gewerkschaften hat sie das Gesetz zur Änderung des § 116 des BFG verabschiedet. Die damit verbundene Einschränkung des Streikrechtes und der Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften ist nicht von der Beteiligungspolitik am SDI-Projekt zu trennen.
Das SDI-Projekt erfordert schon in der Planung Summen, die in die Billionen (x.ooo.ooo.ooo.ooo) gehen. Das wird zum Abbau von hart erkämpften Rechten und Leistungen im Betrieb führen. Um dieses durchzusetzen, sollen die Gewerkschaften an die Kette gelegt werden. Die Kampfkraft der Arbeiterbewegung soll im Vorfeld geschwächt werden.
Für 1986, das Jahr des Friedens, gilt es deshalb noch stärker als bisher, die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Friedensbewegung zu verbessern.

In diesem Kampf stehen die Völker der Welt mit uns in einer Front - auch das Volk der USA. Dort sind Friedens- und Bürgerrechtsbewegung und 1o ooo Wissenschaftler gegen die Weltraumrüstung. Sie haben schon Wirkung erzielt. Im Kongreß und Senat der USA mehren sich die Stimmen gegen die Reagan-Politik.

Und wie steht es mit der UdSSR? Um der Ausgewogenheit gerecht zu werden sei vermerkt: Am 18.12.85 verkündete Gorbatschow vor Vertretern aller Staaten des Warschauer Paktes --
Der seit dem 6.August 1985 bis zum 31.12.1985 befristete Stop der Atomtest wird fortgesetzt. Die UdSSR schlägt dazu vor,sofort in Verhandlungen einzutreten über den Abbau der Atomwaffen unter gegenseitiger Kontrolle. Das ist die konsequente Fortsetzung der gemeinsamen Erklärung von Genf, daß ein Atomkrieg nicht gewinnbar ist. Das entspricht aber auch der wiederholt abgegebenen Erklärung, daß die UdSSR nicht als erste Atomwaffen einsetzen wird. Für diese Politik stehen die Völker der UdSSR zu ihrer Regierung. Blockübergreifend können wir diese Politik nur begrüßen.
Das gibt Hoffnung für weitere Erfolge im Jahr 1986 für den Frieden durch Verständigung und Zusammenarbeit.
W.H.

Gorbatschow: Demontiert

Der sowjetische Parteischef Michail Gorbatschow hat erklärt, daß die Sowjetunion ihre „früher zusätzlich in der europäischen Zone aufgestellten" SS-20-Raketen inzwischen demontiert habe. (ap)

WK 13.12.1985

Pershing-Nachrüstung ist abgeschlossen

Brüssel (dpa). die Aufstellung von insgesamt 108 Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik, Teil des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses der NATO für Mittelstreckenwaffen, ist beendet. Dies wurde am Freitag von informierter Seite in der Brüsseler Zentrale der Nordatlantischen Allianz bestätigt. Demnach sind an den drei deutschen Standorten bei Mutlangen, Heilbronn und Neu-Ulm jetzt jeweils 36 Pershing-II-Raketen mit einer Reichweite von 1800 Kilometern und je einem Atomsprengkopf stationiert. Da die NATO nach amerikanischen Angaben noch in diesem Monat insgesamt 140 Abschußvorrichtungen für Mittelstreckenwaffen installiert haben wird, würde das bedeuten, daß außer den 108 Pershing II noch 128 Marschflugkörper (vier pro Abschußvorrichtung) in Großbritannien, Italien und Belgien stationiert sind.

WK 14.12.1985

AUFBAU

RGAN DER KAMPFGEMEINSCHAFT GEGEN DEN FASCHISMUS

O. 11 — JAN. 1946

AMERADINNEN UND KAMERADEN DER KGF!

Die KGF hat sich nunmehr aufgelöst. Aber sie lebt in uns eiter. Der monatelange Kampf gegen die Auswirkungen des Naregimes in allen Lebensbereichen hat uns zu einer Gemeinchaft zusammengeschmiedet. Wir haben viel erreicht; noch mehr ilt es in Zukunft zu tun. Überall, wo sich reaktionäre Strömungen bemerkbar machen, werden sie auf unseren wachen Widertand stossen. Staat und Gesellschaft müssen mit wahrhaft soialem und demokratischem Geist erfüllt werden. Dabei werden ir auch in Zukunft mithelfen; jeder an dem Platz, an dem er teht. Wir werden das bleiben, was wir waren: Das Gewissen er Zeit, den Müden ein Stachel, den Säumigen ein Ansporn, en Willigen ein Vorbild. Und darum:

die KGF hat aufgehört zu sein!

Es lebe der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus!



Der Zentralvorstand
H. Busch, F. Cavier, A. Ehlers, G. Gries, H. Gotthard, K. Heine, H. Lücke, Dr. Nawrath, Frida Paul, Fr. Paul, E. Theil, H. Wolters.

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!

Entschließung.

Die am 16. Dezember stattfindende Abschlußtagung der KGF verpflichtet alle ihre Mitglieder, in den bestehenden und noch entstehenden proletarischen, politischen, gewerkschaftlichen, Kultur-, Jugendorganisationen usf. weiter für die Kampfziele der KGF zu wirken.

Im Mittelpunkt dieses Kampfes muß heute mehr denn je das Hauptziel der Kampfgemeinschaft, die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei, stehen.

Die Versammlung erinnert die Bremer Führer der S.P.D. und K.P.D. noch einmal an ihre feierlich gegebenen Versprechen, diese Einheit zu verwirklichen. Die allgemeinen Klasseninteressen der deutschen Arbeiterklasse stehen über allen Sonder-Interessen der Parteiapparate. Die Versammlung verpflichtet sich der bremischen Arbeiterschaft gegenüber, diesen Kampf für die sozialistische Einheitspartei bis zum Entstehen einer solchen zu Ende zu führen, allen Widerständen zum Trotz!

1946

Das letzte Jahr des 2. Weltkrieges, das Jahr der furchtbarsten Niederlage Deutschlands, der tiefsten Not und des größten Elends des deutschen Volkes, ist beendet. Ein Regime des Schreckens und der rohesten Gewalt zerbrach in ihm. Die Tore zu einer neuen und freien Zukunft öffnen sich. Aber noch betäubt und geschlagen von dem grauenhaften Erleben, stumpf und gleichgültig, ungläubig und schwunglos, steht der deutsche Arbeiter vor diesen Toren, mißtrauend seiner Kraft, unfähig zu Entschluß und Tat. Von jeher gewohnt, nur nach oben zu sehen und auf Befehl oder Anordnung einer Regierung, einer Führung oder eines "Führers" zu warten, erhofft er auch heute wieder alles von Gesetz und Verordnung, von Behörde und Organisation.

Das Jahr 1946 steht mahnend und heischend vor uns. Es fordert höchsten Einsatz für höchstes Ziel. Nur das wird in seinem Verlaufe dem deutschen Arbeiter gewährt werden, was er sich zu erkämpfen versteht. Diesen Kampf kann ihm keiner abnehmen. Er muß ihn selbst führen. Und er wird ihn siegreich führen, wenn er sich wieder seiner Kraft, seines Weges und seines Zieles bewußt wird.

Aus alter Zeit klingt ein altes Lied:

"Mann der Arbeit, aufgewacht,
Und erkenne Deine Macht!"

63% gegen Weltraumwaffen

NEIN ! SAG NEIN !

63% der Bewohner der Johann-Bornemann-Str. gegen Weltraumwaffen !

Die Bundesregierung ist dabei, eine für unser Land folgenschwere Entscheidung zu treffen: die Beteiligung an dem US-amerikanischen 100-Milliarden-Projekt zur Militarisierung des Weltraums, genannt Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Wissenschaftler und namhafte Persönlichkeiten aus Kultur, Arbeit und Politik sagen NEIN und fordern die Bundesregierung auf, sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, ERprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen; sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden; ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.

Denn:

SDI macht nicht den Frieden sicherer, sondern den Erstschlag möglich.
SDI verschlingt das Geld, das wir in allen Lebensbereichen so notwendig brauchen.
SDI verschleudert Naturressourcen, die unserer Erde unwiederbringbar verlorengehen.

Die Mehrheit des Volkes lehnt diese Wahnsinnspläne ab. Das beweist u.a. auch die von uns durchgeführte Befragung der Anwohner Ihrer Straße in der vergangenen Woche:
Von den 147 Haushalten der Johann-Bornemann-Straße wurden 108 angetroffen. DAs sind 73,5%.
Davon entschieden sich
 53 Haushalte per Unterschrift unter den Aufruf der Naturwissenschafter
 [illegible]5 Haushalte mündlich gegen SDI. Das sind 63 Prozent.
 4 Haushalte erklärten sich für SDI. Das sind ganze 3,7%.
 36 Haushalte blieben ohne Aussage ("keine Zeit"-"kein Interesse dafür" u.a.)

Das Ergebnis dieser Befragung bedeutet für uns - die Friedensinitiative Utbremen - weiterzumachen in unserer Friedensarbeit vor Ort.
Es zeigt aber auch, daß sich noch viel mehr friedensbewußte Menschen in unserem Stadtteil an der Aufklärungsarbeit beteiligen müssen.
Die Warnungen der Naturwissenschaftler, der Ärzte, selbst aus dem Bereich des Militärs, müssen Gehör finden. Wenn wir, die Mehrheit des Volkes, uns einig sind, unser Land vor unabsehbarem Schaden zu bewahren, wird die Bundesregierung nicht in der Lage sein, sich an diesen Wahnsinnsplänen zu beteiligen.
OHNE UNS GEHT DA OBEN NICHTS !
Machen Sie mit in der Friedensinitiative Utbremen!
Unterstützen Sie die Arbeit der Friedensinitiative finanziell!

Die Friedensinitiative Utbremen

<u>Letzte Meldung:</u> Sieben von elf Wissenschaftlern, die am 9.12. in einem Expertenhearing des Auswärtigen- und des Verteidigungsausschusses des Bundestages angehört wurden, haben sich für ein bedingungsloses und entschiedenes NEIN zu den US-Plänen zur Militarisierung des Weltraums ausgesprochen. Nur zwei der Experten, unter ihnen ein früherer Bundeswehrgeneral, unterstützen das amerikanische SDI-Programm und eine Beteiligung der Bundesregierung.

<u>Was sofort jeder tun kann:</u> Während die Bundestagsabgeordneten am 13.12. über die SDI-Beteiligung debattieren, sie erneut mit der Meinung der Bevölkerung konfrontieren. Hier die Tel.-Nummer des Bonner Bundestages: 0228-161.

"Friedensinitiative Utbremen"
Kontaktadressen:
Peter Reichel, Landwehrstr.40;
Martin Ortgies, Bgm.Hildebrandtstr. 10;
Helga Weiß, Bgm. Deichmannstr.37

Die Bundesregierung trifft in diesen Monaten die folgenschwere Entscheidung über ihre Beteiligung an den Forschungsarbeiten zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der US-Regierung.

Personen aus Wissenschaft, Politik, den Kirchen, Gewerkschaften und aus dem kulturellen Leben warnen in einer Erklärung vor der Strategischen Verteidigungsinitiative:

Dr. Helmut Aichele, Erlangen
Heinrich Albertz, Berlin
Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Berlin
Dr. Jürgen Altmann, Marburg
Prof. Dr. Günter Altner, Heidelberg
Egon Bahr, Bonn
Prof. Dr. Heinz Bauer, Gießen
Prof. Dr. Herbert Begemann, München
Prof. Dr. Karl Bonhoeffer, Köln
William Borm, Bonn
Willy Brandt, Bonn
Reiner Braun, Köln
Prof. Dr. Egbert Brieskorn, Bonn
Prof. Dr. Werner Buckel, Karlsruhe
Prof. Dr. Paul J. Crutzen, Mainz
Alexander von Cube, Köln
Dr. Diether Dehm, Frankfurt
Prof. Dr. Hoimar von Ditfurth, Staufen
Prof. Dr. Werner Dosch, Mainz
Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, München
Dr. Heinz Düx, Frankfurt
Horst Ehmke, Bonn
Prof. Josef Elberg, Münster
Erhard Eppler, Bonn
Dr. Heinz-Günter Franke, Münster
Prof. Dr. Georges M. Fülgraff, Frankfurt
Prof. Dr. Ulrich Gehring, Heidelberg
Helga Genrich, Bonn
Christian Götz, Düsseldorf
Diethelm Gohl, Warendorf
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin
Prof. Dr. Bernhard Gonsior, Bochum
Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Frankfurt
Günter Grass, Berlin
Prof. Dr. Norbert Greinacher, Tübingen
Gert Greune, Velbert
Michael Groß, Frankfurt
Ingo Günther, Lauterbach
Prof. Dr. Hans-Peter Harjes, Bochum
Detlef Hensche, Stuttgart
Prof. Dr. Peter Herrlich, Karlsruhe
Dieter Hildebrandt, München
Prof. Dr. Jörg Hüfner, Heidelberg
Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen
Dr. Werner Holtfort, Hannover
Prof. Dr. Wolfgang Huber, Heidelberg
Prof. Dr. Nils Jäger, Bremen
Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen
Prof. Dr. Willibald Jentschke, Hamburg
Dr. Peter Michael Kaiser, Münster
Prof. Dr. Rudolf Kirste, Mainz
Horst Klaus, Frankfurt
Prof. Dr. Ulrich Klug, Köln
Prof. Dr. Hubert Kneser, Köln
Prof. Dr. Georges Köhler, Freiburg
Karlheinz Koppe, Bonn
Christian Krause, Bonn
Prof. Dr. Matthias Kreck, Mainz
Prof. D. Walter Kreck, Bonn
Dr. Knut Krusewitz, Berlin
Prof. Dr. Rainer Labusch, Clausthal-Zellerfeld
Oskar Lafontaine, Saarbrücken
Klaus Lage, Frankfurt
Torsten Lange, Bonn
Dieter Lattmann, München
Jo Leinen, Saarbrücken
Prof. Dr. Reinhard Lempp, Tübingen
Udo Lindenberg, Berlin
Ingrid Matthäus-Maier, Bonn
Prof. Dr. Eckart Maus, Göttingen
Dr. Alfred Mechtersheimer, Starnberg
Peter Meimeth, Köln
Prof. Dr. Hans Mommsen, Bochum
Ute Obermeyer, Bonn
Helmut Prieß, Swisttal
Dr. Maurizio Ragnetti, Mainz
Prof. Dr. Thomas Raiser, Gießen
Prof. Dr. Manfred Reetz, Marburg
Prof. Dr. Christian Reichardt, Marburg
Dr. Rainer Rilling, Marburg
D. Kurt Scharf, Berlin
Jürgen Scheffran, Marburg
Prof. Dr. Jozef Schell, Köln
Otto Schily, Bonn
Uli Schmitz, Dortmund
Prof. Dr. Hans-Peter Schneider, Hannover
Prof. Dr. Jürgen Schneider, Göttingen
Jörg Schulz-Trieglaff, Hannover
Prof. Dr. Jürgen Seifert, Hannover
Dr. Wolfgang Send, Göttingen
Ekkehard Sieker, Köln
Prof. Dr. Jörg Siekmann, Kaiserslautern
Dorothee Sölle, Hamburg
Eckart Spoo, Hannover
Prof. Dr. Peter Starlinger, Köln
Klaus Staeck, Heidelberg
Franz Steinkühler, Oberursel
Carola Stern, Köln
Prof. Dr. Wolfram Thiemann, Bremen
Ulrich Vultejus, Hannover
Josef Weber, Kaarst
Prof. Dr. Horst Wegener, Erlangen
Prof. Dr. Manfred Wichelhaus, Köln
Willi Wülbeck, Oberhausen
Prof. Dr. Friedrich v. Zezschwitz, Gießen
Andreas Zumach, Berlin

Sie fordern die Bundesregierung auf,

- sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,
- sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden,
- ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.

~

Ich wende mich gegen Waffen im Weltraum und unterstütze diese Forderungen.

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
....	....	....
....	....	....

Straftaten - ???

Bremer Banken helfen den Rassisten

Während in Südafrika die schwarze Bevölkerungsmehrheit mit Hilfe eines kostenaufwendigen Polizei- und Militärapparates blutig unterdrückt und Namibia besetzt gehalten wird, fließen Kredite der Bremer Landesbank, der Dresdner Bank (in Bremen „Bremer Bank"), Deutschen Bank und Commerzbank ungehindert auf die Konten der südafrikanischen Staatsbank. Dies wiegt um so schwerer in einer Situation, in der selbst US-amerikanische Banken unter dem Druck der Öffentlichkeit ihre Zusammenarbeit mit der Apartheid verringern.
Hier nach den Zahlen des Weltkirchenrates eine Aufzählung dieser unsoliden Zusammenarbeit:
- Die Bremer Landesbank gewährte den Rassisten ein Kreditvolumen von 18 Mio. DM. Im Aufsichtsrat dieser Bank stimmten sowohl der Vertreter des SPD-Senats (Senator Moritz Tape) als auch der Vertreter der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen für dieses Geschäft.
- Das Kreditvolumen der Dresdener Bank (= Bremer Bank) für Südafrika beträgt 2,5 Mrd. DM.
- Gleichfalls stark engagiert sind die beiden Großbanken Deutsche Bank (Kredite von über einer Mrd. DM in den letzten Jahren) und Commerzbank.

Der Einfluß der deutschen Banken reicht in Südafrika noch wesentlich weiter. Über sie wickeln Töchter deutscher Firmen ihren Handel ab, seien es Polizeihubschrauber von MBB, Militärlastwagen von Daimler Benz oder Minenkampfboote von Abeking & Rasmussen.

Das Geschäft mit den südafrikanischen Banken ist ihnen Gold wert. 1978 betrugen die Devisenerlöse aus dem Verkauf von Krüger-Rand-Goldmünzen 750 Mio. DM für Südafrika. Allein davon könnten die Rassisten sämtliche Waffenimporte bezahlen.

Die Liebe zum Rassismus geht bei den Banken soweit, daß sie ihre sonstigen Regeln über Bord werfen. Denn über die einseitige Einstellung von Kreditrückzahlungen durch Südafrika wurde stillschweigend hinweggesehen. Sollte man sich da nicht fragen, was die Banken machen würden, wenn zum Beispiel Nicaragua das Gleiche täte?

Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Bremer Aktionstage

Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit Bremen – Südafrika

Vom 12. 9. 85 bis zum 10. 10. 85 führen eine Reihe von Gruppen und Organisationen, die sich im „Bremer Aktionsbündnis gegen Apartheid" zusammengeschlossen haben, Veranstaltungen und Aktionen durch. Diese Bremer Aktivitäten sind ein Teil der bundesweiten Aktionstage „Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika".

17. September, 19.30 Uhr, HfT
Veranstaltung mit dem SWAPO-Vertreter Sam Nujoma

19. September, 19.30 Uhr, Bürgerhaus Weserterrassen
„Zur aktuellen innenpolitischen Situation in Südafrika" mit Tony Seedat, Vertreter der ANC

4. Oktober, Öffentlichkeitswirksame Aktionen
unter dem Motto „Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit Bremen – Südafrika"
Kontakt Dritte-Welt-Haus, Buchtstraße

Gegen das Geschäft mit der Apartheid
Blockade der Domshofbanken

Wir wollen am Donnerstag, den 19. 9., die großen Geschäftsbanken am Domshof blockieren. Die Deutsche Bank, Bremer Bank und die Commerzbank verdienen seit Jahren eine fette Dividende mit Krediten für das Rassistenregime am Kap. Jedes Familienfest der geschätzten Kundschaft, Geburtstag, Taufe, Konfirmation und Heirat ist ihnen recht, um den Krügerrand anzubieten. Jene südafrikanische Goldwährung, mit deren Verkauf allein in Deutschland der Apartheidstaat ein Viertel seines Rüstungshaushalts finanziert.

Den englischen und amerikanischen Banken wird der Boden unter den Füßen in Südafrika allmählich zu heiß, so daß der kritische Druck der Öffentlichkeit sie zwingen konnte, das Geschäft mit Südafrika zu reduzieren. – Die deutschen Geschäftsbanken hingegen spekulieren auf die Stabilität der Rassistenherrschaft und bauen ihr Kreditgeschäft noch aus.

Kritische Töne sind aus den Vostandsetagen der Banken nur zu hören, wenn es darum geht, die Öffentlichkeit zu beschwichtigen oder um vorzubauen, damit im Falle eines Falles das Geschäft mit den neuen Besitzern der Goldgruben und Diamantenfelder weiter gehen kann…

Genauso zynisch verhält sich die Bundesregierung und der Bremer Senat: selbstverständlich kein allgemeiner Handelsboykott, weiterhin stillschweigende Billigung des Verkaufs deutscher Waffen an die rassistische Polizei und Armee in Südafrika und hin und wieder ein paar aufmunternde Worte an die unterdrückten Schwarzen, verbunden mit der Warnung vor Aufstand und Revolte.

Wir fühlen uns solidarisch mit den um ihre Freiheit und ihr Land kämpfenden Schwarzen in den Townships von Johannesburg und Pretoria. Wir wollen nicht länger zulassen, daß aus ihrer Rechtlosigkeit und Ausbeutung deutsche Firmen und Banken ihre Gewinne schlagen und daß diese viehischen Polizeieinsätze gegen demonstrierende Bürgerrechtler mit deutscher Technologie ausgerüstet werden.

Um 14 Uhr treffen wir uns für letzte Absprachen im Dritte-Welt-Haus in der Buchtstraße. Ab 14.30 Uhr werden wir je nach unseren Kräften den Geschäftsbetrieb bei ein, zwei oder mehr Banken für diesen Tag beenden. Dazu wollen wir uns vor die Eingänge setzen, stellen, legen, sie auf jeden Fall zumachen. Bringt Transparente, Schilder, Musikinstrumente mit. Auch wer nicht blockieren will, soll unbedingt kommen, zur Unterstützung und um mit den Leuten zu diskutieren. – Mag sein, daß es sich der Innensenator nicht mit den Banken und ihren Geschäftsfreunden in Pretoria verderben will und daß er deshalb Polizei gegen uns einsetzt. Wir verhalten uns dann nach bewährtem Muster wie bei der Blockade der Carl Schurz-Kaserne in Bremerhaven oder bei den Aktionen gegen die Bombenzüge. Ist die Polizei an der einen Stelle zu stark, weichen wir aus und nehmen uns die nächste Bank vor. Wenn alles gut klappt, könnten wir uns für den nächsten Donnerstag wieder verabreden, und den übernächsten und…

Kündigung aller Kredite für Südafrika
Schluß mit dem Verkauf des Krügerrand · Handelsboykott

Donnerstag, 19. 9. 14.30 Uhr, Domshof

Bremer Aktionsbündnis gegen Apartheid · Treffen vom 10. 9. 1985 · Kontakt: Dritte-Welt-Haus, Buchtstr.

Folgender Brief erreichte uns:

Sehr geehrte Damen und Herrn!
Liebe Freunde!

Sicher erinnern/t Sie/Ihr sich/Euch an die Bremer Bankblockaden im Herbst ´85. Mit ihnen sollte u.a. das stetig wachsende Unrecht durch Verletzung der Menschenrechte, die Armut und die Unterdrückung, die für Millionen von Menschen aus der menschenunwürdigen Apartheitspolitik des südafrikanischen Rassistenregimes (Botha) erwächst, aufgezeigt werden. Auch Bremer Banken finanzieren diese Unterdrückung mit ihren Krediten.

Mit gewaltlosem Widerstand sollte auf diesen unwürdigen Zustand hingewiesen werden. Ein Flugblatt, das zur ersten Aktion aufrief, wurde beschlagnahmt, um auch bei uns Kritik an diesem unhaltbaren Zustand zu unterdrücken. Polizisten prügelten während der Blockadeaktionen wahllos auf gewaltfreie Blockadeteilnehmer ein. Beim Verteilen des beschlagnahmten Flugblattes wurde ich festgenommen. Inzwischen bin ich wegen angeblicher "öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" verurteilt worden. Doch ich nehme das Urteil nicht an!
Wo Recht-(sprechung) zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht, auch und vor allem, wenn dieses Unrecht im südlichen Afrika geschieht und auf der Grundlage bundesdeutschen Kapitals praktiziert wird, wächst die Pflicht, unser Recht auf Widerstand wahrzunehmen. Dies vor allem, wenn die Chance zur Beendigung der Verletzung der Menschenrechte durch das Rassistenregime in Südafrika durch unseren Widerstand wächst. Daher müssen wir weiter kämpfen; für die Widerherstellung der Menschenrechte in Südafrika; für die Abschaffung der menschenunwürdigen Apartheitspolitik; für die Beendigung der Unterstützung dieser Politik durch bundesdeutsches Kapital und seine Interessen!

Wir kämpfen für diese Ziele mit gewaltfreien Mitteln; eine Chance, die den Menschen im südlichen Afrika längst weitgehend genommen ist. Wir lassen diesen Kampf und uns selbst nicht kriminalisieren. Daher nehme ich dieses Urteil nicht an!!

Meine Bitte: - Solidarisiert Euch. Schreibt öffentliche Erklärungen und Stellungnahmen vor dem Gerichtstermin im Januar. Die Freiheit und Menschenwürde der Menschen im südlichen Afrika und ihre Selbstbestimmung ist eng mit unserem Recht auf Widerstand verbunden. Die geht uns alle an!
Kommt zum gemeinsamen Vorbereitungstreffen, zu dem mein Anwalt und ich im Januar ´86 eingeladen werden. - Kommt alle zum Gerichtstermin am Freitag 31.1.1986 um 10.45 Uhr im Amtsgericht HB Zimmer 451. Gemeinsam sind wir stark.
Mailibongwe - Freiheit für Afrika
Hoch die internationale Solidarität

Peter van Well
Landesgeschäftsführer der DFG-VK/NdS-HB

Gegen das Vergessen

GIACOMO

Gegen das Vergessen die Geschichte aufzuarbeiten und darzustellen: daß dies notwendig ist, um heute Schlußfolgerungen zu ziehen, etwas verändern zu können, darüber besteht Einigkeit. Umstritten sind allerdings die Methoden der Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit. Nicht nur, weil es politisch begründete Unterschiede sind. Angesichts des Grauens verweigert sich die Vorstellungskraft. Nur Zahlen, Theorien, abstrakt das Schrecken darzustellen, führt leicht zu Abwehrverhalten. Es gilt, lebendige Zugänge zu finden, um Betroffenheit herzustellen.

Eine Herangehensart ist die Vermittlung lokaler Geschichte. Die Bremer Ärzte Schmacke und Güse haben im Brokkamp-Verlag ihr Buch "Zwangssterilisiert" vorgelegt. Herkommend von Forschungsarbeiten zur Geschichte der Psychaiatrie stießen die beiden auf ein verdrängtes Kapitale deutscher Medizingeschichte. Zwangssterilisationen waren -gemessen an anderen Aspekten faschistischer Medizin- sicher nur ein untergeordneter Teil des RAssismus. Ihre ganze Bedeutung für die Betroffenen und ihre Angehörigen, die Vernichtung ihrer menschlichen Würde, wird hier aufgearbeitet. Bremen war mitnichten liberale Insel im faschistischen Rassismus, auch hier wurde brav mitgemacht. Basierend auf rassetheoretischen Überlegungen aus Kaiserreich und Weimarer Republik wurden diese im Faschismus in blutige Realität umgesetzt. Von den Faschisten als minderwertig bezeichnete Menschen durften sich eben nicht fortpflanzen, selbst ihr Tod wurde in Kauf genommen, um Zwangssterilisationen durchzusetzen.

Der Trägerverein der Villa Ichon vergibt alljährlich einen Friedenspreis und gibt den Kandidaten Gelegenheit, sich der Öffentlichkeit darzustellen. Innerhalb dieser Veranstaltungsreihe fand am 03.12. eine Veranstaltung mit den beiden Autoren statt. Nach einer DArstellung ihrer Forschungsergebnisse ging die Diskussion um die Vergangenheit heute. Die beschämende Entschädigung der Opfer war unzureichend - aber wie kann man Leiden überhaupt entschädigen? Auch heute machen Heime Sterilisationen zur Aufnahmevoraussetzung. Wie konnten Mediziner der Zwangssterilisation nach 45 wieder tätig bleiben? Wie verhalten wir uns heute gegenüber körperlich oder/und geistig behinderten Mitbürgern?

Eine Auseinandersetzung mit dem Rassismus, dem Faschismus kann auch die Begegnung mit Betroffenen sein. Eine autobiographisch-romanhafte Schilderung des Alltags einer jüdischen Mischlingsfamilie beschreibt Giordano in seinem Roman "Die Bertinis" (Fischer TB 5961; 14.80). Von Giancomo, dem Erzvater der Sippe bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges werden die Familiengeschichte des Wunderkindes, Dirigenten und Komponisten, seiner duldsamen Frau, der Verwandten und Nachbarn geschildert. Die drei Söhne gehen unterschiedliche Wege, zeigen unterschiedliche Reaktionen auf den Außendruck, überleben. Lebendig und spannend wird so Alltag im Faschismus dargestellt. Warum erduldeten sie die Leiden, wurden von deutschen Mitbürgern gehaßt, gejagt oder unterstützt? Was ging in den Köpfen der Leute vor, bei den Handlangern, Gegnern und Opfer? Auf diese Fragen gibt Giordano Antworten.

Zwei Lesebücher also, die auf sehr unterschiedliche Art einem Ziel dienen: das Leben früherer Generationen den heutigen zu vermitteln, anzugehen gegen das Vergessen.
J.B.

'Valentin' - Bunker

Geschichte des Schiffbaus am Beispiel des "Valentin"-Bunkers in Farge

Im Rahmen der Ausstellung "Spanten und Sektionen"-Geschichte des Schiffbaus im Unterweserraum-fand am Mittwoch, 18.12.85, im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack ein DIA-Vortrag mit Dr. Rainer Habel unter grossem Publikumsinteresse statt. Der DIA-Vortrag setzt sich mit der Geschichte des U-Boot-Bunkerbaus in Bremen-Farge auseinander.
Die Nazis planten, auf der fertigen U-Boot-Werft ca. 300 U-Boote im Jahr in Sektionsbauweise herzustellen.
Als Werftbetreiber waren die Deschimag (u.a. AG-Weser) und der Bremer Vulkan vorgesehen.
Von 1943 - 1945 ließen die Nazis Tausende von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern unter unmenschlichen Bedingungen an der Bunker-Baustelle arbeiten. Die Zahl der dabei Umgekommenen bzw. Ermordeten wird von Zeitzeugen auf mehrere Tausend geschätzt.

Seit 1984 steht vor dem Bunker ein Mahnmal "Vernichtung durch Arbeit", das in mehreren Sprachen der Ermordeten gedenkt. Seit Jahren besuchen Delegationen ehemaliger Häftlinge u.a. diese Gedenkstätte. Seit langem fordern wir - u.a. der Antifaschistische Arbeitskreis des Bürgerhauses, die VVN-BdA, Kirchengemeinden - daß die Mahn- und Gedenkstätte ihrer Bedeutung entsprechend an den Verkehrsstraßen ausgeschildert wird und daß an der Weserseite des Bunkers in mehreren Sprachen die großflächige Aufschrift angebracht wird:
"Nie wieder Faschismus
- nie wieder Krieg"
Im Juli 1985 hatte der Antifaschistische Arbeitskreis mit weiteren Bürgern aus Bremen-Nord einen 4tägigen Fußmarsch von Farge nach Sandbostel durchgeführt, um den Weg nachzuvollziehen, auf den die Häftlinge in den Apriltagen 1945 von der SS gezwungen wurden und der noch für viele den Tod brachte.



Friedenstermine

15.1., 19^{30}Uhr, **Friedensforum**
DGB Haus
Dieser Termin weicht vom üblichen Dienstag ab.

o5.2., 19^{30}Uhr, Friedensforum
DGB Haus

16.1., $2o^{oo}$Uhr, 'Neue Rüstung- neue Armut' Zur ökonomischen Problematik der Rüstungsplanung in der Bundesrepublik
Referent: Prof. Dr. Huffschmidt
Ort: St Stephanie Gemeinde
Faulenstraße 1o8

3o.1., $2o^{oo}$Uhr, Veranstaltung zu Ehren Carl v. Ossietzky
Er erhielt am 23.11.1936 gegen den erbitterten Widerstand der Nazis den Friedensnobelpreis.
Veranst.: Bürgerhaus Weser-Terrassen, VVN-BdA u.a.
Ort: Bürgerhaus Weserterrassen

Die Friedensinitiative Ostertor veranstaltet derzeit einen Ideenwettbewerb zur Umgestaltung des Kriegerdenkmals Altmannshöhe in den Wallanlagen in ein Mahnmal gegen Krieg und Faschismus. Ideen können bis zum 28.2.1986 in der Villa Ichon eingereiht werden. Als Prämierung ist für den besten Entwurf ein 1.Preis in Höhe von DM 3ooo,- ausgesetzt. Neben der FriIni Ostertor tragen bereits eine Reihe anderer Organisationen, Gruppen und Personen durch Spenden zur Ermöglichung der Prämierung bei. Dennoch sind sie auf Spenden angewiesen. Auch die VVN-BdA unterstützt die Initiative.



Weil die Kameradin Lina Schwartz stehts den 'Bremer Antifaschist' hilft einzupacken, gibt sie am 5.1. in der Zeit von 11^{oo}-13^{oo}Uhr im Büro, Bgm-Deichmannstr. 26, einen Empfang. Eine besondere Einladung erfolgt nicht.

Termine lesen vormerken vormerken

auf folgende Termine sollten sich die Kameradinnen und Kameraden schon vorbereiten bzw. sie im Kalender vormerken:
Im März '86 wollen wir eine politische Konferenz durchführen. Der genaue Termin steht noch nicht fest.(Voraussichtlich 14.oder 15.)
Wir führen auch dieses Jahr wieder eine Sommerausfahrt durch. Dieses Mal starten wir am 16.August 1986.
Das Jahr beginnt gerade erst und doch sollte sich jeder schon den Termin der Jahresabschlußveranstaltung vormerken: dazu treffen wir uns am 6.12.86!

VVN-BdA - Termine

Bremen Nord:

8.1., 20 Uhr, Mitgliedervers.

Bremerhaven:

30.1., "Die Neue Rechte"
Ort und Zeit siehe Tageskalender in der NZ

Bremen:

Gruppe Süd

6.1., 19.30 Uhr, Mitgliedervers.
Bgm. Deichmannstr. 26

10.2., 19.30 Uhr Mitgliedervers.
JFH Thedinghauserstr.

22.2., schon vormerken:
Jahreshauptversammmlung Gruppe Süd
Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

Gruppe West

19.1., Besuch in der Gedenkstätte Neuengamme.
9^{oo}Uhr, Abfahrt vom Büro
bis 13.1. Anmeldung bei Susanne Tel. 39 32 66 oder im Büro Tel. 38 29 14

Gruppe Ost

22.1., 19.30 Uhr, Mitgliederve
Bürgerhaus Weserterrass

Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit:

31.1., 19^{oo}Uhr, 'Neofaschismus, eine Gefahr für die Demokratie?'
Unter diesem Titel findet im DGB Haus ein Diskussionsforum statt.
Es diskutieren Vertreter
- sozialdemokratischer Juristen,
- des Senates,
- der VVN-BdA und
- der Gewerkschaftsjugend.

Veranstalter ist die DGB-Jugend Bremen.

o1.2., Gegen Ausländerfeindlichkeit und für internationale Solidarität sind für den Samstag verschiedene Veranstaltungen geplant:
$1o^{oo}$Uhr, Übermalaktion v neofaschistischen und ausländerfeindlichen Sprüchen
14^{oo}-18^{oo}Uhr, Informationsbasar im KUSCH zum gleichen Thema

o1.2., 19^{30}Uhr, Internationales Kulturprogramm im KUSCH
- Orfeas
- Elisabeth Cortes - chilenische Folklore
- Argus
- Kulturgruppe der Sozialarbeitsinitiative
- Swapo-Chor Hamburg
- Lesung von Wallraff Texten zwischen den Gruppenbeiträgen

Eintritt: DM 7,-/ 5,-
Karten sind bei der VVN-BdA erhältlich.

Wir trauern um unsere Kameraden Friedrich Pape und Anton Glinetzki. Beide verstarben im Dezember 1985.

V.i.S.d.P.: W.Hundertmark, VVN-BdA, Bgm-Deichmannstr. 26, Tel.: 38 29 14